



**Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**

Joint Conference Church and Development

---

Bundespressekonferenz 14.12.2009, 10.30 Uhr

## **Rüstungsexportbericht 2009**

*Statement von Dr. Bernhard Moltmann*

*Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung*

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Eine angemessene Bewertung der deutschen Rüstungsexportpolitik muss die Internationalisierung von Rüstungsproduktion und -vermarktung ebenso in den Blick nehmen wie die Langzeitwirkung von Rüstungstransfers.

### **1. Räumliche Dimension: der europäische und transatlantische Kontext**

Ein großer Teil der deutschen Rüstungslieferungen geht an EU- und NATO-Staaten. Im Jahr 2008 erreichten deren Werte bei Einzelausfuhrgenehmigungen einen Anteil von 45,7% (2,64 Mrd. €); im Jahr 2007 waren es über 66% (2,44 Mrd. €) gewesen. Der Stellenwert dieser Transfers an den gesamten deutschen Rüstungsexporten erhöht sich noch durch die Sammelausfuhrgenehmigungen im Rahmen von Rüstungskooperationen.

Die Dichte der Zusammenarbeit spiegelt sich auch bei den transferierten Gütern. Hier spielen deutsche Zulieferungen an andere Rüstungshersteller, z. B. von Antrieben, Geschützen oder Elektronik eine wichtige Rolle. So ist davon auszugehen, dass viele Rüstungsexporte anderer EU- bzw. NATO-Staaten Komponenten deutscher Herkunft enthalten.

Die EU hat auf die Intensivierung der Kooperation europäischer Rüstungshersteller und deren gewachsenes Gewicht auf dem Weltrüstungsmarkt mit einer Doppelbewegung reagiert:

Zum einen hat der Rat den seit 1998 bestehenden Verhaltenskodex für Rüstungsexporte am 8. Dezember 2008 in einen Gemeinsamen Standpunkt umgewandelt – zum anderen hat die EU-Kommission mit dem Erlass der Verbringungsrichtlinie am 6. Mai 2009 den Transfer von Rüstungsgütern innerhalb der Union erleichtert.

Schon lange stand an, den Verhaltenskodex von 1998 zu einem effektiven Instrument einer EU-weiten Kontrolle von Rüstungstransfers auszubauen. Seine Instrumente bieten dazu gute Ansatzpunkte. (Kriterien, Konsultationspflichten, Berichtswesen) Der nun im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zustande gekommene Gemeinsame Standpunkt erfüllt allerdings die Erwartungen nicht. Er macht zwar Vorgaben, an die sich die Mitgliedstaaten halten sollen, verzichtet aber auf rechtliche Verbindlichkeit und Sanktionen bei Verstößen.

Wie durchlässig der bisherige Verhaltenskodex in der Praxis schon war, zeigt eine Auswertung des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) zu den deutschen Rüstungsausfuhren im Jahr 2008:

- So waren 2.544 Lizenzen an 51 Staaten erteilt worden, die gemäß den Kriterien als problematisch einzustufen sind. Dies bezieht sich auf Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 1,085 Mrd. € (u.a. nach Ägypten, Pakistan, Saudi-Arabien, Jemen, Angola oder Sudan)
- 41 Länder, in denen die Menschenrechtssituation prekär ist, erhielten die Genehmigung, deutsche Rüstungsgüter zu importieren.
- In 24 Staaten, in die deutsche Rüstungsgüter exportiert werden dürfen, sind schwere Gewaltkonflikte im Gange.
- In drei Empfängerstaaten deutscher Rüstungslieferungen besteht das Risiko, dass Waffenlieferungen nicht im Einklang mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung stehen. (Angola, Pakistan, Ruanda)

## **2. Zeitliche Dimension: Langzeitwirkungen von Rüstungstransfers**

Rüstungsexportpolitische Entscheidungen übersehen gemeinhin die Langlebigkeit der gelieferten Rüstungsgüter und die langfristigen Auswirkungen von Rüstungstransfers für Frieden und Sicherheit.

Ein drastisches Beispiel für den Bedarf an vorausschauender Politik stellt sich angesichts der über Jahrzehnte hinweg umfangreichen Exporte von U-Booten und Materialpaketen aus Deutschland. Von den 36 Staaten, die weltweit über nicht-nukleare U-Boote verfügen, hat mehr als die Hälfte (19 Staaten) U-Boote deutsche Herkunft im Einsatz. Seit 1960 haben deutsche Hersteller 117 U-Boote ins Ausland verkauft. Der deutsche U-Boot-Bau ist exportorientiert, denn die Bundesmarine hat in dieser Zeit nur 36 Schiffe bestellt.

In jüngerer Zeit wurden oder sollen U-Boote exportiert werden u. a. nach Griechenland, Türkei, Portugal, Pakistan, Südafrika, Israel, Italien und Südkorea. Interesse an deutschen Lieferungen haben u. a. angemeldet Indien, Indonesien, Algerien, Ägypten, Polen und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Mit ihren variablen Einsatzmöglichkeiten auf See und in Küstengewässern, neuen Antrieben und ihrer relativen Unentdeckbarkeit haben sich U-Boote zu wahren Kampfmaschinen entwickelt. Sie eignen sich mit ihren Abschussvorrichtungen für Raketen und Lenkkörper für See-, Land- und Luftkriegsführung. Durch ihre Fähigkeiten zur Kontrolle und Kommunikation bieten sie viele Einsatzoptionen.

Angesichts dessen ist für die Bundesregierung eine „Kultur der Zurückhaltung“ bei der Genehmigung der Ausfuhr von U-Booten angezeigt. Der frühere Grundsatz „Alles, was

schwimmt, geht“ hat mit den technologischen Durchbrüchen im Bau und Einsatz dieser Waffen ausgedient. Eine gezielte Nicht-Verbreitungspolitik für U-Boote „tut Not“, um regionalen Rüstungsspiralen entgegenzuwirken.

Doch auch Produktlizenzen aus früheren Jahrzehnten und Rüstungstransfers an ehemalige Unrechtsregime holen die Politik ein. Man braucht sich nur aktuelle Photos von Kämpfern in Pakistan anzusehen und entdeckt gleich das klassische deutsche G 3-Gewehr im Einsatz. (SZ vom 5.12.09) Bald könnte auch das G 36-Gewehr auf Bildern aus unkontrollierbaren Gewaltkonflikten auftauchen.

Inzwischen sehen sich Daimler-Benz und Rheinmetall vor einem US-Gericht neben amerikanischen Firmen und schweizerischen Banken angeklagt, das Apartheid-Regime in Südafrika in den 1980-er Jahren mit Rüstungsgütern beliefert oder diese finanziert zu haben. Diese waren zur Unterdrückung oder Folter verwandt worden. Opfer der Apartheid fordern Entschädigung. Damit rückt die Verantwortung von Rüstungsherstellern für den Einsatz von Gütern, die sie einst geliefert haben, auf die internationale Tagesordnung. Selbst wenn sich der Rechtsstreit lange hinziehen wird, ist der Image-Schaden bereits beträchtlich.

Die Kurzsichtigkeit rüstungsexportpolitischer Entscheidungen hat sich einmal mehr nicht ausgezahlt.